

In der zweiten Sitzung des Landespräventionsrates wurde die AG „Sicherheit im öffentlichen Raum“ eingerichtet. Ihr Ziel ist die Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen, um Kriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung einer Fachtagung zur kommunalen Kriminalprävention. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, der gute Weg ist, und ich lade Sie alle ein mitzumachen. Ich denke, das ist besser als ein Verschiebebahnhof von Polizisten, der nicht das Problem löst. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Gregor Golland [CDU]: So ist das!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen ... Höre nur ich mich hier so hallend?

(Daniel Sieveke [CDU]: Nee, wir auch!)

– Okay, Sie auch.

(Es entsteht ein lautes Geräusch. – Daniel Sieveke [CDU]: Jetzt sind wir taub!)

– Ich habe aber nichts gemacht; ich habe nur einen Knopf gedrückt.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Ende der Aussprache sind. Damit kommen wir zu den Abstimmungen, und zwar erstens über den Änderungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12842. Hier darf ich fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen von CDU, FDP und AfD. Enthaltungen? – Es sind keine ersichtlich. Damit stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/12842 abgelehnt** wurde.

Wir kommen damit zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/7750. Hier empfiehlt der Innenausschuss mit Drucksache 17/12487, den Antrag abzulehnen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Ich darf fragen, wer dem Antrag zustimmen möchte. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und AfD. Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die sich der Stimme enthalten wollen? – Das ist nicht erkennbar. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/7750 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

17 Bürokratieabbau jetzt – Abschaffung der sogenannten „Umweltplakette“

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12744

Für die antragstellende Fraktion darf ich Herrn Abgeordneten Vogel das Wort erteilen.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Polizei und Ordnungsämter entlasten – das ist doch ein schöner Auftakt für mich und den Antrag. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt am Abend zu einem einfacheren, unkomplizierten Antrag, gleichwohl aber zu einem, der längst überfällig ist. Ich rede von der Abschaffung der sogenannten Umweltplakette.

Damals, zur Jahrtausendwende, war es statthaft, nein, es war unbedingt notwendig, dass wir uns Gedanken darüber machten, wie wir die Luftqualität in unseren Metropolen verbessern können und welche Werkzeuge wir dafür haben. Und siehe da: Schon acht Jahre später hatten wir die Umweltplakette, eingeführt 2008.

Jetzt ist es allerdings so, dass sich seit 2008 viel getan hat, dass viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen ist. Wenn man bedenkt, dass die bundesdeutsche private Pkw-Flotte im Schnitt alle zehn bis zwölf Jahre komplett ausgetauscht wird – die Autos werden ins Ausland verkauft und retten da das Klima –, mag es uns nicht verwundern, dass von den 10,2 Millionen zugelassenen Pkw hier in Nordrhein-Westfalen bereits 9,8 Millionen der Abgasnorm Euro 4 entsprechen und überhaupt keine Plakette brauchen, weil sie sowieso in jeder Zone fahren dürfen.

Das ändert sich wahrscheinlich täglich um viele Tausende – wir reden inzwischen von 96,5 % sauberen Fahrzeugen –, und die Zeit wird auch das Problem der verbleibenden 3,5 % lösen. Wir wissen auch gar nicht, ob die rote, gelbe oder eventuell gar keine Plaketten haben.

Bei meinen Anträgen versuche ich immer, das Pro und Contra abzuwägen und alle Argumente rational zusammenzusuchen. Ich fange mit den Kosten an oder, wie ich es in meinem Eingangssatz bemerkt habe, mit einer Entlastung der kommunalen Verwaltungen, der Ordnungsämter und der Polizei, denn im Jahr 2021 ist die Kosten-Nutzen-Relation überhaupt nicht mehr gegeben.

Zum Nutzen. Welchen Nutzen haben wir noch davon? – Ich habe versucht, Daten zu bekommen, aber wir haben schon große Probleme bei den Umweltzonen. Es gibt zum Beispiel keine validen Daten, ob die

Luftqualität wegen einer Umweltzone besser oder wegen des Umgehungsverkehrs schlechter geworden ist.

Wie ist es mit Emissionsherden außerhalb des Verkehrssektors? – Da steht zum Beispiel eine Müllverbrennungsanlage, dort verläuft der Rhein, auf dem Schiffe mit Dieselmotor verkehren.

Noch weniger Informationen – das hat uns ein klein wenig überrascht – haben wir aber zu den Umweltplaketten bekommen. Wir haben eine Kleine Anfrage gestellt und gefragt, wie viele der 10,2 Millionen zugelassenen Pkw in Nordrhein-Westfalen überhaupt so eine Plakette haben und in welchen Farben. Dazu gibt es leider keine Informationen. Wir haben also jede Menge Daten, aber wir nutzen sie nicht.

Wir haben nachgefragt, wie vielen Leuten so eine Plakette zugeteilt wurde. Das weiß man auch nicht.

Auch weil wir nachher noch zu den Gegenargumenten kommen werden: Wie groß ist überhaupt die Fluktuation?

Zu den Gegenargumenten zählt: Nein, das lassen wir alles schön sein, weil das überhaupt kein bürokratischer Aufwand ist – auch nicht für die Privatperson –, da das ja in drei bis vier Minuten erledigt ist.

In welcher Welt leben wir denn? – Man muss zu sogenannten Amtszeiten einen Termin beim Straßenverkehrsamt machen. Man muss erst mal hinfahren, aus dem Parkhaus wieder zurück usw. Dafür brauchen Sie schon mal einen halben Urlaubstag, wenn Sie verkehrsgünstig wohnen.

Dass das nur einmal im Autoleben so sein soll, ist – mit Verlaub – auch absoluter Quatsch. Jedes Mal, wenn ich umziehe, jedes Mal, wenn ich einen neuen Wagen oder einen gebrauchten Wagen kaufe, wenn mir mal die Windschutzscheibe platt geht oder so etwas, muss ich wieder so einen kleinen Aufkleber beantragen.

Noch ganz kurz dazu, wie es die 96,5 % – Tendenz steigend – mit der Umweltplakette halten: Ich habe mir mal den Spaß gemacht und bei Google und YouTube „Umweltplakette“ eingegeben. Erst mal kommen ein paar Dutzend Tipps, wie Sie das Ding abknibbeln können, ohne sich die Fingernägel zu brechen oder sich mit der Rasierklinge in die Hand zu schneiden. Das ist für viele Leute auch gar nicht so einfach.

Resümee: Ich sehe keinen Vorteil mehr bei der Sache. Die Umweltplakette hat sich nach 13 Jahren längst überlebt. Das ist ein riesiger bürokratischer Aufwand, der in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Dementsprechend können wir die jetzt in die mehr oder weniger wohlverdiente Rente schicken. – Danke. Tschüss.

(Beifall von der AfD – Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur-

und Verbraucherschutz: Es gibt ja echt Themen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Deppe das Wort.

Rainer Deppe^{*)} (CDU): Meine Damen und Herren! So wirt, wie Ihr Antrag, war auch Ihr Vortrag. Als Sie den Antrag gestellt haben, habe ich mir gedacht: Am 1. März 2007 wurden die Umweltplaketten eingeführt; es ist also ziemlich genau der Jahrestag. Ich dachte, Sie wollten heute irgendetwas zum Geburtstag oder zum Jahrestag beitragen; das ist nur nicht ganz geglückt.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

In der Überschrift Ihres Antrages schreiben Sie „Bürokratieabbau“, und im Beschlussteil beklagen Sie dann, dass es zu mehreren Einzelheiten keine Statistiken gibt. Dass man diese Statistiken nur mit noch mehr Bürokratie füllen kann, wissen Sie offenbar gar nicht.

(Heiterkeit von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Dass im Jahr 2020 anders als vor zehn Jahren 96 % aller Fahrzeuge in Nordrhein-Westfalen eine grüne Plakette haben, ist Ihnen wahrscheinlich auch entgangen.

Um wie viel sauberer der Kraftfahrzeugbestand geworden ist, sieht man auch daran, dass der Fahrzeugbestand mit roter oder gelber Plakette in den letzten zehn Jahren um 72 % zurückgegangen ist. Wenn das keine Erfolgsgeschichte ist.

Das Nichtstun in puncto Luftreinhaltung ist seit dieser Wahlperiode zum Glück vorbei. Ich habe nicht vergessen, dass wir im Jahr 2018 fünfzehnmal über drohende Fahrverbote in den Städten unseres Landes debattiert haben. Für SPD und Grüne schienen sie unausweichlich. Sie haben unseren Ministerpräsidenten damals regelrecht ausgelacht, als er hier am Pult versprochen hat: Wir müssen alles dafür tun, dass es nicht zu Fahrverboten kommt.

Der alten Regierung war ja nichts mehr eingefallen, außer der Idee für eine neue blaue Plakette zur Administrierung von Fahrverboten; 2016 hatten wir hier im Plenum schon über ihre Einführung diskutiert.

Heute redet keiner mehr davon, weil unsere Landesregierung, namentlich besonders Ministerin Heinen-Esser, das Thema angepackt hat. Die Luftreinhaltepläne zu Ihrer Zeit waren von den Gerichten noch als unzureichend verworfen worden. Heute halten sie

vor Gericht stand und sind mit Vergleichen abgesichert.

Viel wichtiger ist aber: Sie werden vor Ort umgesetzt. Die Fahrzeuge werden sauberer. CDU und FDP sowie Minister Hendrik Wüst tun mehr für den Radverkehr als jede andere Regierung zuvor. Die Folge ist: Die Luft in unseren Städten ist seit 2017 von Jahr zu Jahr sauberer geworden, und das ist auch gut so, denn saubere Luft ist für die Gesundheit der Menschen elementar.

Ich bin mir sicher, dass der jährliche Bericht zur Luftqualität für das Jahr 2020 wie alle Jahre davor wieder deutlich verbesserte Werte gegenüber dem Vorjahr ausweisen wird. Auf die nächste Debatte zu diesem Thema freue ich mich schon – ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Deppe, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Vogel möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Rainer Deppe³⁾ (CDU): Nein, ich möchte jetzt weitermachen.

... übrigens auch deshalb, weil wir uns bei aller Euphorie mancher Politiker und mancher Unternehmen über den batterieelektrischen Antrieb auch einmal dessen CO₂-Bilanz über den gesamten Lebenszyklus ansehen müssen. Dann werden wir sehr schnell feststellen, dass die Klimaziele im Verkehr ohne Biokraftstoffe und ohne E-Fuels nicht zu erreichen sein werden.

In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Fahrverbote. Die Fahrzeuge werden moderner, die Luft wird sauberer. Das dient den Menschen in jeder Beziehung. Ich denke, diese Bilanz kann sich sehen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deppe. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Börner das Wort.

Frank Börner (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Umweltzonen und die Umweltplakette haben sich bewährt; sie sind etabliert. Die Luftqualität in unseren Städten ist merkbar besser geworden.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen, wir brauchen in Deutschland eine Umweltpolitik, eine Verkehrspolitik, die nach vorne und nicht nach hinten geht. Das können Sie leider nicht leisten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Börner. – Als nächster Redner hat nun für die FDP-Fraktion Herr Kollege Middeldorf das Wort.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD, den wir heute beraten, folgt dem Motto: Wenn man keine Probleme hat, dann erfindet man welche.

Nachdem sich die AfD bereits erfolglos an der Dieseldebatte abgearbeitet hat, geht der vorliegende Antrag jetzt noch etwas weiter zurück: Sie stellen allen Ernstes Rahmenbedingungen infrage, die bis ins Jahr 2008 zurückreichen und die längst in tägliches Handeln übergegangen sind. Einen besseren Beweis für das rückwärtsgewandte Handeln und die rückwärtsgewandte Politik der AfD als diesen Antrag kann man sich nicht vorstellen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Middeldorf.

Bodo Middeldorf (FDP): Auch Ihr Vorwurf, die Anbringung von Umweltplaketten sei zu bürokratisch, ist absurd. Die Umweltplaketten sind ein etabliertes und gesellschaftlich mittlerweile völlig akzeptiertes Instrument, um effektiv eine Reduzierung von verkehrsbedingten Schadstoffen zu bewirken.

Das mag vielleicht bei der Einführung vor fast 14 Jahren noch eine Rolle gespielt haben; heute ist es so, dass mit der Neuzulassung eines Fahrzeugs immer auch direkt die Anbringung der Plakette verbunden ist. Alternativ macht man das per Internet, Herr Vogel; mit einigen wenigen Klicks ist man am Ziel. Wenn das Ihre Vorstellung von Überbürokratisierung ist, ist das ein Offenbarungseid für Ihre politischen Ansätze.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Middeldorf, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Vogel. Wollen Sie die zulassen?

Bodo Middeldorf (FDP): Nein, vielen Dank.

Dieser äußerst überschaubare Aufwand ist angesichts der Effekte für den Umweltschutz in den Innenstädten – das ist gerade schon genannt worden – völlig unproblematisch. Während es über die Schädlichkeit anderer Emissionen durchaus noch wissenschaftliche Diskussionen gibt, ist die gesundheitsschädliche Wirkung des Feinstaubs mittlerweile völlig unumstritten. Dies zu negieren, ist nicht nur fahrlässig – es ist unverantwortlich.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] und Matthias Kerkhoff [CDU])

Tatsächlich sind die Plaketten ein adäquates Instrument zur Umsetzung von selbst gesetzten Normen, die am Ende zu einer drastischen Reduzierung der Feinstaubemissionen geführt haben, und zwar über technologieoffene Anreize an die Autoindustrie, die mittlerweile durch eine Flottenerneuerung und durch Nachrüstungen mit Schadstofffiltern dieses Ziel erreicht hat. Ohne diese Effekte kämen Sie heute nicht ernsthaft auf die Idee, einen solchen Antrag überhaupt einzubringen.

Ein letzter Punkt noch: Die Koalition hat sich stets konsequent gegen die Einführung einer „Blauen Plakette“ ausgesprochen, und zwar deshalb, weil wir in Nordrhein-Westfalen die Dieselpolitik mittlerweile bei Einhaltung der Grenzwerte und ohne Fahrverbote über andere Instrumente effektiv gelöst haben.

Gut, dass wir heute über diesen Antrag direkt abstimmen. Darauf im Ausschuss noch mehr Zeit zu verwenden, wäre nicht zu rechtfertigen. Wir lehnen den Antrag selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Middeldorf. Sie haben es auf der Anzeige gesehen: Es gibt eine angemeldete Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Vogel für die Fraktion der AfD. Es steht Ihnen frei, sie entweder an Ihrem Platz oder am Rednerpult entgegenzunehmen. – Jetzt hat Herr Abgeordneter Vogel das Recht auf 90 Sekunden Kurzintervention. Bitte sehr.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Danke schön. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Middeldorf, ich habe von Ihnen zu diesem Thema schon einige Aussagen gehört, etwa dass das nur drei bis vier Minuten dauern und nur einmal im Autoleben sein soll. Dazu hatte ich gerade schon ausgeführt.

Besonders überrascht mich, dass Sie sagen, die Autos hätten sich verbessert, die Luft sei reiner geworden und das Ziel erreicht worden. Trotzdem stellen Sie kein Ende in Aussicht. Deshalb lautet meine konkrete Frage: Wie viele Jahrzehnte möchten Sie diese Umweltplakette noch beibehalten? Bis wir bei 99,99 % sind? – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Middeldorf, Sie haben das Recht auf 90 Sekunden Erwiderung. Bitte sehr.

Bodo Middeldorf¹⁾ (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vogel, ich kann es nur noch einmal sagen: Wir haben in

den vergangenen Jahren dieser Legislaturperiode schon einiges von Ihnen zu Schadstoffemissionen gehört. Was Sie heute vorgelegt haben, schlägt dem Fass den Boden aus: Sie machen eine rückwärtsgewandte Politik, die völlig von der Frage nach den gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Verkehrsemissionen abgeht.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Jetzt mal zum Thema, bitte!)

Vor diesem Hintergrund machen Sie deutlich, wo Sie bei der Verkehrspolitik in diesem Lande tatsächlich stehen. Es ist gut, dass die Menschen das mitbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Gabriele Walger-De-molsky [AfD]: Armselig!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Middeldorf. – Das waren Kurzintervention und Erwiderung. Damit hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Rimmel das Wort. Bitte sehr.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den fachlichen Argumenten der anderen drei Fraktionen schließe ich mich an.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das waren doch keine!)

Deshalb muss ich sie nicht wiederholen, aber ein oder zwei Argumente wurden noch nicht genannt, auf die ich an dieser Stelle hinweisen will.

(Helmut Seifen [AfD]: Das waren keine Argumente!)

Wenn Sie Ihren Antrag konsequent zu Ende denken, müssen Sie darauf reagieren, dass es sich hier um eine europäische Lösung handelt. Würden wir diese Plakette national abschaffen, also Ihrem Anliegen folgen, würden wir alle deutschen Autobesitzerinnen und -besitzer in Deutschland einsperren, weil sie nicht mehr ins europäische Ausland fahren könnten.

Eine solche Plakette ist Voraussetzung, um manche Städte in Europa besuchen zu können. Die nationale Lösung, dass alle hierbleiben, kann man unter Pandemiegesichtspunkten vielleicht anstreben, aber das ist nicht europäisch und der Reisefreiheit nicht dienlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege ...

Johannes Rimmel (GRÜNE): Schon allein aus diesem Grund ist Ihr Antrag abzulehnen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Remmel, entschuldigen Sie. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Vogel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gerne erst weiter vortragen. – Im Übrigen sei an dieser Stelle auch gesagt, dass die Diskussion um Feinstaub in Europa noch nicht zu Ende ist. Im Zusammenhang mit der Pandemie und der Frage, warum sie in Europa gerade in Norditalien so heftig ausgebrochen ist, gibt es ernsthafte Untersuchungen, die einen engen Zusammenhang zwischen Aerosolen, Feinstaub und dem Virus aufzeigen.

Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, die auf den Feinstaub bezogene Luftreinhaltepolitik, die im Zusammenhang mit den Umweltzonen übrigens sehr erfolgreich war, fallen zu lassen. Damit bin ich auch schon am Ende meiner Argumentation in Bezug auf Ihren Antrag.

Ein paar Argumente, insbesondere von Herrn Deppe, kann ich aber nicht so stehen lassen.

(Rainer Deppe [CDU]: Damit habe ich schon gerechnet!)

Sie versuchen, im Rahmen der Diskussion Geschichtsklitterung zu betreiben. Ich kann mich gut erinnern, dass es insbesondere die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion waren, die im Landtag, aber auch vor Ort die Einrichtung von Umweltzonen lange und massiv bekämpft haben. Heute feiern Sie das als Erfolgsgeschichte.

Es ist eine Erfolgsgeschichte, aber in der Tat wirkt eine Plakette, so wie sie 2007/2008 eingeführt wurde, nur im Zusammenhang mit einer Umweltzone, weil dadurch der Nutzen im Alltag entsprechend erweitert wird.

Ein weiterer Aspekt der Geschichtsklitterung ...

(Rainer Deppe [CDU]: Wir haben die eingeführt!)

– Herr Deppe, Sie müssen mir jetzt schon einen Moment zuhören.

Ein weiterer Aspekt der Geschichtsklitterung betrifft die Frage der Stickoxide. Warum hatten wir denn dieses Problem mit den Stickoxiden in Deutschland? – Weil mehrere Unionsverkehrsminister in langer Tradition bei kriminellen Machenschaften der deutschen Automobilindustrie, aber auch anderer weggeschaut und sogenannte Thermofenster erlaubt haben.

Die Gerichte haben Ihnen jetzt ins Stammbuch geschrieben, dass das kriminelle Machenschaften waren, und zwar konklusiv mit der Politik, mit dem Ministerium und insbesondere mit der Genehmigung des Kraftfahrtbundesamts. Das ist der Grund, warum

wir überhaupt über „Blaue Plaketten“ und andere Instrumente diskutiert haben.

Im Übrigen sahen sich aufgrund dieser Lage 2015 alle Umweltministerinnen und Umweltminister, egal welcher Farbe, genötigt, entsprechende Entscheidungen zu treffen – Ende der Geschichte.

Wir sind aber noch nicht am Ende der Luftreinhaltepolitik, auch wenn am Ende des Tunnels sehr viel Licht ist, insbesondere mit Blick auf die komplett schadstofffreien Fahrzeuge, die zunehmend eingeführt werden. Hier sollten wir in der Tat noch einen Zahn zulegen. Wir brauchen das auch für den Klimaschutz. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Remmel. – Es gibt eine angemeldete Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Vogel für die Fraktion der AfD. Er hat jetzt das Wort für 90 Sekunden Kurzintervention. Bitte sehr.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Danke schön. – Frau Präsidentin! Eigentlich wollte ich mich zurückhalten, aber auch ich kann hier eine Sache nicht stehen lassen: Die EU hat uns vielfältige Möglichkeiten gegeben, und die Länder machen das alle unterschiedlich.

Die einzige Chance, wirklich rechtssicher zu bestimmen, welcher Abgasnorm ein Fahrzeug entspricht, ist ein Blick in die Zulassung. Bei den neuen Zulassungen ist das die vierstellige Nummer genau in der Mitte; die kann man jederzeit überprüfen. Jedes Land macht es anders.

Wenn Sie davon sprechen, dass ich mit meinem Wagen unbedingt in irgendeine Metropole fahren wolle, kann ich mir immer noch überlegen, ob ich im jeweiligen Land irgendwo eine Plakette oder so etwas wie Billets bekomme. Das Argument, das Sie gerade gebracht haben, schließt das überhaupt nicht aus. Jedes Land ist frei darin, das zu interpretieren, Hauptsache die Luftreinheit wird in den Städten angestrebt.

Wie haben es gerade schon festgestellt: Die Luft wird immer sauberer, und die Automobile werden immer sauberer. Es geht um die letzten 3,5 oder – während ich hier rede – um die letzten 3,4 %. Es geht darum, dass wir an diese Fahrzeuge, an diese unsauberen Fahrzeuge ganz anders rangehen können als mit diesem unglaublichen Bürokratieaufwand, den wir uns gerade leisten, womit wir Polizei und Ordnungsämter blockieren. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das waren 90 Sekunden Kurzintervention. – Jetzt hat Herr Abge-

ordneter Remmel Gelegenheit für 90 Sekunden Erwidern. Bitte sehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Solange brauche ich nicht. Ich glaube, der Redebeitrag hat die Absurdität noch einmal deutlich gemacht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Christian Dahm [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Remmel. – Das waren Kurzintervention und Erwidern.

Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich hier schon fast alles gesagt worden. Ich weiß jetzt überhaupt nicht, warum Sie sich die Umweltplakette ausgeben als Beispiel für besonders extreme Bürokratie. Da würde mir in unserem Land noch was ganz anderes einfallen als eine Plakette, die ich mir vielleicht ein- oder zweimal im Autoleben anschaffe, draufklebe und damit in jede Stadt reinfahren kann, im Übrigen auch in italienische Städte und in andere Städte Europas, wo das ganz genauso gilt wie bei uns und die ein ähnliches System haben, meine Damen und Herren.

Aber es ist ja ganz schön, manchmal bekommt man mit solchen Anträgen auch noch einmal die Möglichkeit, die eigene Politik darzustellen – Kollege Deppe hat es schon sehr schön getan –, nämlich noch einmal zu sagen, wo wir mit der Luftqualität in Nordrhein-Westfalen stehen. Die entwickelt sich zum Glück weiterhin sehr positiv.

Das hat etwas mit dem großen Engagement unserer Städte zu tun, der Bezirksregierungen, die die Luftreinhaltepläne mit ambitionierten Maßnahmen fortgeschrieben haben. Wir sind wirklich auf einem guten Weg, die Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit einzuhalten. Wir können heute schon sagen, dass an den kontinuierlich messenden Probenahmestellen – diese Daten liegen nämlich bereits vor – die Grenzwerte im Jahre 2020 in Nordrhein-Westfalen überall eingehalten wurden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Als ich hier vor vier Jahren begonnen habe, waren wir Lichtjahre davon entfernt. Wir hatten bezüglich der Grenzwerte 14 Verfahren vor den Gerichten zu klären. An mehreren Hotspot-Straßen in jeder größeren Stadt Nordrhein-Westfalens wurden diese Werte überschritten. Und heute haben wir dort vernünftige Werte.

Die Ergebnisse der Passivsammler werden in den nächsten Tagen und Wochen auch kommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch hier gute Werte erreichen werden. Jede Maßnahme der Luftreinhaltepläne, die wir in NRW haben, trägt dazu bei, die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in den Städten zu schützen.

Ein Element ist tatsächlich auch die Umweltplakette. Das muss man hier mal ganz klar sagen. Jetzt wollen Sie sie abschaffen, weil Sie sagen: Die braucht sowieso keiner. – Ich habe noch mal die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen mitgebracht. In Nordrhein-Westfalen sind es 85 % der Pkw, die die grüne Plakette haben können. Wir haben eben auch noch 15 % – das sind 1,5 Millionen Pkw –, die diese Plakette nicht haben.

Bei den Bussen sieht es noch etwas deutlicher aus, aber leider in die falsche Richtung, 53 % zu 47 %, bei den Lkw 74 % zu 26 %. Anhand der Zahlen sieht man, dass wir eben beim Thema „Umweltplakette“ nicht am Ende sind, sondern dass sie uns tatsächlich hilft, das Thema „Luftreinhaltung“ in unseren Städten tatsächlich durchzusetzen.

Früher ging es um die hohe Feinstaubbelastung, heute geht es noch um Feinstaub, aber vor allen Dingen auch um Stickstoffdioxid-Konzentrationen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nicht jeder Fahrzeughalter, jede Fahrzeughalterin ist verpflichtet, die Plaketten anzubringen, sondern nur diejenigen, die in die Umweltzonen einfahren wollen. In Ostwestfalen sind beispielsweise überhaupt keine Umweltzonen festgelegt. Wer also nicht vorhat, von dort nach Düsseldorf zu fahren – das muss ja auch nicht immer sein –, der braucht eine solche Plakette überhaupt nicht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, aber auch hier gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Vogel.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, danke.

Die Plaketten sind bei den Zulassungsbehörden erhältlich. Sie werden meistens mit der Zulassung ausgegeben. Sie können jetzt auch nicht mit dem Kostenargument kommen. 5 Euro oder 10 Euro sind im Vergleich zu einer Anschaffung eines Pkws wirklich deutlich geringer. Und wenn man sie aufklebt oder abknibbeln will, dann ist das, glaube ich, einfacher,

als wenn man es mit der österreichischen Vignette macht, wenn man dort über die Autobahn fahren will. Also auch hier kann man nicht von großem Aufwand sprechen.

Wir brauchen diese Plaketten zur Kontrolle, weil wir sonst keine Umweltzonenkontrolle mehr hätten. Deshalb ist es ein gutes Instrument, das, Kollege Remmel, im Übrigen von Ihrem Vorgänger, Eckhard Uhlenberg, eingeführt wurde, der sich schon damals das Thema „Umweltzonen“ sehr zu Herzen genommen hat und auch eine ganze Menge dafür getan hat.

Und last, but not least, zur zweiten Forderung des Antrags, blaue Plakette. Das Thema ist längst vom Tisch. Die Landesregierung hat sich dagegen ausgesprochen. Diese Fahrverbote sind hoffentlich, wenn wir das in Düsseldorf auch noch gut hinbekommen, in Nordrhein-Westfalen vom Tisch. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben es angezeigt bekommen. Es ist eine Kurzintervention angemeldet worden von Herrn Abgeordneten Vogel über die Fraktion der AfD. Es steht Ihnen frei, wo Sie diese entgegennehmen wollen.

Herr Abgeordneter Vogel, Sie haben das Wort für bis zu 90 Sekunden Kurzintervention.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Danke schön, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Ministerin, jetzt sehen Sie mich doch ein bisschen verwirrt.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Können Sie ein bisschen lauter sprechen?)

Das liegt ganz einfach daran, weil wir hier eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, und zwar bereits im Sommer letzten Jahres, und gefragt haben, wie viele Plaketten in welchen Farben erteilt wurden. Wir haben immer die Antwort bekommen: Der Landesregierung liegen darüber keine Hinweise vor. Und jetzt können Sie mir auf das zweite Kommazeichen präzise sagen, wie diese Plaketten vergeben wurden und wer damit fährt. Das überrascht mich. Vielleicht können Sie ein kleines bisschen zur Aufklärung beitragen. – Danke schön.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich brauche diese Zeit überhaupt nicht, um die Wirksamkeit festzustellen. Wir wissen aus den Verkehrskontrollen sehr genau, welche Verstöße es bezüglich der

Plaketten gibt. Die Plaketten können die Fahrzeughalter freiwillig nutzen, wenn sie eben in die Umweltzonen hineinfahren.

Wir wissen, wieviel Prozent der Pkw diese benötigen. Das sind die Zahlen, die ausreichen. Die Umweltplakette ist ein Kontrollinstrument. Ansonsten gilt das, was Kollege Deppe schon vorhin gesagt hat: Je mehr Statistik, desto mehr Bürokratie. – Und das wollen Sie ja gerade abbauen.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. Das waren Kurzintervention und Erwiderung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Hier hat die antragstellende Fraktion der AfD direkte Abstimmung beantragt. Deshalb frage ich, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/12744 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/12744 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir beim Tagesordnungspunkt:

18 Europäische Beziehungen pflegen und vertiefen – Kooperation mit der italienischen Region Piemont vorantreiben

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12757

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Krauß das Wort.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Im Jahre 1951 werden in Paris die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet. An der Seite von Konrad Adenauer und Robert Schuman steht der italienische Außenminister Graf Carlo Sforza. Am 18. April ist das genau 70 Jahre her.

Am 25. März liegt es 64 Jahre zurück, dass auf dem Kapitol in Rom die Römischen Verträge verabschiedet werden. Für die Bundesrepublik unterzeichnet ein Nordrhein-Westfale, Konrad Adenauer. Zuvor fahren die Kongressteilnehmer zu St. Laurentius vor den Mauern zu der Grabstätte von Alcide De Gasperi. Dem Grande Italiano, der im August 1954